

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 7, 8. April 1998

rechts

Einblicke

Gelebte Demokratie

Von Klaus-Henning Rosen

Zugegeben ein Erfolg, wie der jüngste des Front National bei den französischen Regionalwahlen gehört für die zerstrittene, durch Eitelkeit ihrer Führer gekennzeichnete deutsche extreme Rechte ins Reich der Träume. Und dies, obwohl die von Le Pens braunen Truppen eingefahrenen 15 Prozent ziemlich genau dem relativ konstanten Potential entsprechen, das für eine extremem Rechtsdenken in Deutschland verhaftende Wählerschaft kalkuliert wird. Angesichts vergleichbarer Werte in anderen europäischen Ländern scheint einiges für die makabre Theorie zu sprechen, daß die Menge der faschistisch-nazistischen Denkstrukturen zugeneigter Menschen gleich ist. Zumal sie alle mehr oder weniger identischen Glaubensbekenntnissen anhängen - gegen Fremde, gegen Minderheiten, gegen Juden. In Deutschland ist es nach einem zwölfjährigen Modellversuch in Sachen Nationalsozialismus - Gott sei Dank - gelungen, stabile politische Strukturen aufzubauen. Den Demokraten wird von Amts wegen gestattet, einen linken Extremismus gegen einen rechten aufzurechnen - was antitotalitärer Grundkonsens heißt. Man wiegt sich in Ruhe, weil es im Nachkriegsdeutschland nie geglückt ist, einen Volks(ver)führer vom Schlage Le Pens aufzubauen. Und nur in einigen Regionalparlamenten konnte die CDU der Verlockung nicht widerstehen, sich der REP als Mehrheitsbringer zu bedienen. Aber - und das ist der Unterschied -: Wo hat es je einen Volksaufstand wie jüngst in Frankreich gegeben, um solcher Kumpanei mit Rechtsaußen die rote Karte zu zeigen? Möglicherweise können die Franzosen die 15 Prozent Le Penisten besser aushalten, weil es letztlich eine gelebte Demokratie gibt. Warum etwa konnte Frankreich eine Gesetzgebung gegen Diskriminierung schaffen? Warum hat man hierzulande die Diskreditierung von KZ-Opfern so lange laufen lassen, ehe sich eine Mehrheit für die Bestrafung der Holocaustleugnung fand? Wie kommt es, daß es immer noch Lücken bei Entschädigung von NS-Verfolgten gibt?

Rechte Konkurrenz

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt treten die „Republikaner“ und die DVU gegeneinander an. **Seite 2 ■**

Braune Schmöcker

Auf der Leipziger Buchmesse offerierten wieder allerlei rechtsextreme Verlage ihr dubioses Angebot. **Seite 4 ■**

Wahlkampf eröffnet

Die Brunner-Partei rührt massiv die Werbetrommel und hofft auf Erfolg bei den Bundestagswahlen. **Seite 5 ■**

Terror-Strukturen

Der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber sieht angesichts umfangreicher Waffenfunde in der Neonazi-Szene eine bedrohliche Entwicklung. **Seite 7 ■**

Wachwechsel

Das neokonservative Intelligenzblatt „Criticon“ wartet künftig mit einem neuen Herausgeber auf. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Wahlkampf mit Hilfe der Gerichte**

Zu den Landtagswahlen am 26. April in Sachsen-Anhalt treten nur noch - in Konkurrenz zueinander - die „Deutsche Volksunion und die „Republikaner“ an.

Für die NPD ist die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt schon gelaufen. Der Landeswahlausschuß hat die rechtsextreme Partei von der Landtagswahl ausgeschlossen, weil sie für ihren Wahlvorschlag nicht die erforderlichen Unterstützerunterschriften zusammengebracht hat. Die Nationaldemokraten griffen aber auch nach ihrem Ausschuß auf ihre Weise aktiv in den Wahlkampf ein. Zwei 26 und 18 Jahre alte polizeibekannte Sympathisanten der rechten Szene wurden in Salzwedel nächtens dabei ertappt, wie sie Wahlplakate anderer Parteien stahlen. 40 Plakate von SPD, CDU und PDS hatten die beiden schon in ihrem Auto verstaut, als sie von Polizeibeamten gestellt wurden. In der Vernehmung gaben sie übereinstimmend an, im Auftrag der NPD den nächtlichen Plakateklau betrieben zu haben.

Auch für die „Konservative Union Deutschlands“ sowie die beiden nationalkonservativen Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Demokratische Erneuerung“ (DE) hat sich die Landtagswahl erledigt.

Die beiden letzteren hatten keinen eigenen Wahlvorschlag eingereicht, weil sie auf eine Listenvereinigung mit den „Republikanern“ setzten. Diese Listenvereinigung hatte der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer gegen den ausdrücklichen Willen des sachsen-anhaltinischen Landesverbandes der REP durchgesetzt. Schlierers Versuch, verschiedene Splittergruppen des rechtsextremen und nationalkonservativen Spektrums unter seiner Regie zusammenzufassen, scheiterte ebenfalls am Landeswahlausschuß.

Das Landeswahlgesetz sieht vor, daß solche Listenvereinigungen die Unterschriften von jeweils drei gewählten Vorstandsmitgliedern der beteiligten Parteien tragen müssen. Die bekam Schlierer vom REP-Landesverband aber nicht, denn der hatte schon im Oktober eine eigene Liste für die Landtagswahl aufgestellt und eingereicht.

Als Spitzenkandidatin der Gemeinschaftsliste hatte Eve Reinhold von den REP mit unterschrieben,

ohne Vorstandsmitglied zu sein. Der Versuch Schlierers, diesen Formfehler zu heilen, indem er neun Mitglieder des REP-Landesvorstands ihrer Ämter enthob und unter anderem Eve Reinhold zum kommissarischen Vorstandsmitglied zu ernennen, scheiterte bereits am Schiedsgericht der Partei.

Die Landes-REP dagegen sind mit ihrer Liste zur Wahl zugelassen, die aber vom Bundesvorstand nicht unterstützt wird. Der hat zwar gemeinsam mit DSU und DE juristische Schritte gegen den Ausschuß von der Landtagswahl einlegt, ist damit aber bereits in erster Instanz gescheitert. Dem Landesverband wurden jetzt die Wahlkampfgelder gesperrt. Schlierers Vize Christian Käs hat überdies ebenso wie der DSU-Landesvorsitzende Joachim Nothdurft bereits angekündigt, die gesamte Landtagswahl wegen der Nichtzulassung der Gemeinschaftsliste anfechten zu wollen.

Ungewiß bleibt, welchen Erfolg der REP-Landesverband mit einer eigenständigen Liste bei der Landtagswahl einfahren wird. Es gibt zwar ernstzunehmende Meinungsforschungsinstitute, wie Forsa, die die REP in Sachsen-Anhalt bei rund vier Prozent sehen. Bei der Landtagswahl 1994 allerdings hatten die REP ähnlich aussichtsreiche Vorhersagen, schließlich aber kamen die REP sowie DSU und DE auf zusammen nur 1,7 Prozent.

Erstmals tritt in Sachsen-Anhalt die DVU zur Wahl an und hat offenbar auch ihre bislang bekannte Wahlkampfstrategie geändert. Statt die Briefkästen der Wähler mit Postwurfsendungen flächendeckend zuzustopfen, will die Partei des rechtsextremen Münchner Verlegers und Multimillionärs Gerhard Frey diesmal zielgruppenorientiert vorgehen. Von den Meldeämtern der Kreise und Kommunen läßt sich die DVU die Daten der 18- bis 29jährigen männlichen Wahlberechtigten übermitteln. Wähleranalysen haben Frey offenbar gesteckt, daß er in dieser Zielgruppe den stärksten Zuspruch hat. In Dessau holte sich Frey jedoch eine Abfuhr. Die Stadt verweigert die Herausgabe des angeforderten Datenmaterials mit dem Verweis darauf, daß die entsprechende Bestimmung im Landeswahlgesetz eine Kann-Bestimmung sei. Vor dem Dessauer Verwaltungsgericht bekam die Stadt ebenso recht wie vor dem Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt. Jetzt hat die DVU vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wegen Behinderung der Wahlwerbung. Zwei Parteien nun, die im Spektrum von Extrem- und Protestwählern auf Erfolge hoffen.

Eberhard Löblich

Hintergrund**Eine explosive Mischung**

Zunehmende Gewaltbereitschaft zeichnet die Berliner Neonazi-Szene aus. Der „legale Arm“ des Rechtsextremismus, allen voran die NPD, trommelt zusehends auf der sozialen Schiene.

Vor allem mit spektakulären Gewaltakten haben in den letzten anderthalb Jahren die Berliner Neonazis auf sich aufmerksam gemacht. Da war der Fall des Kay Diesner, der einen der PDS angehörenden Buchhändler mit Schüssen schwer verletzte und kurz darauf einen Polizisten tötete. Da war der 17jährige Patrick D., der zusammen mit einem drei Jahre älteren Komplizen eine Rohrbombe bastelte, deren Opfer ein PDS-Mann in Treptow werden sollte. Da waren zwei Gewalttäter, die sich selbst als Rechte outeten, ehe sie den Fraktionsvorsitzenden der Marzahner SPD, Ralf Borckert, zusammenschlugen und ihm ankündigten: „Euch kriegen wir alle.“

60 der 552 rechtsextremen Straftaten im vergangenen Jahr waren solche mit Körperverletzung verbundene Gewaltakte. Während sich die Gesamtzahl der Straftaten gegenüber 1996 um knapp zehn Prozent erhöhte, hat sie sich bei den Gewalttaten fast verdoppelt. Als wichtigste Form des Wirkens der Neonazis haben sich seit 1995 sogenannte Kameradschaften herausgebildet, die nach außen hin keine feste Organisationsstruktur aufweisen und dadurch relativ beweglich agieren können. „Die Kameradschaften sind die Antwort der Rechtsextremen auf das Verbot von Parteien“, schätzt Kuno Böse, Staatssekretär der hauptstädtischen Innenverwaltung, in einer Presseerklärung ein. Zwölf solcher Kameradschaften existieren in den östlichen Stadtbezirken, nur eine in Westberlin. Die genannten Bombenbauer gehören zu den 30 Mitgliedern der Kameradschaft Treptow, die 1995 von einem Funktionär der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) gegründet wurde.

Der Berliner Verfassungsschutz geht von einem dreistufigen Aufbau der neonazistischen Szene aus. Gewaltbereite Jugendliche, vor allem Skinheads und Unorganisierte, bilden sozusagen den Bodensatz. Ihr Tun ist weniger durch ideologische Leit-

bilder als durch ihre Perspektivlosigkeit bestimmt. Ohne Arbeit und ohne Chancen verlieren sie zuerst die Orientierung, dann die Moral. Der nächstbeste „Andersartige“, ob Ausländer oder Homosexueller, ob Etablierter oder Behinderter, wird als Sündenbock für die eigenen Probleme ausgemacht und bestraft. Irgendwann finden die meisten von ihnen schließlich Kontakt zu rechten Gruppierungen, stellen Übereinstimmungen im Denken fest und haben das Gefühl, eine Heimat gefunden zu haben. Große Reden wollen sie nicht hören, ihnen geht es um Action, um Taten. So sind gerade die Kameradschaften „natürliche Brücken“ auf dem Weg in die nazistische Weltanschauung. In der Gruppe, meint der Soziologe Rainer Erb, verliert der Einzelne seine provinzielle Bedeutungslosigkeit und erhält endlich die sonst versagte Beachtung.

Gerade in diesem Zusammenhang verweisen Rechtsextremismus-Experten auch auf die negative Auswirkungen einer bestimmten Medienberichterstattung auf die Jugendlichen. Die detaillierte Schilderung von Verbrechen liefert Tatmuster, die Täterangaben erwecken gewollt oder ungewollt den Eindruck, als sei die große Mehrheit der Täter Ausländer, denen es man auf die gleiche Weise heimzahlen müsse. Nach der „Rache“ kommen die oft sehr jungen Leute selbst in die Schlagzeilen und fühlen sich bestätigt, doch auch wer zu sein.

Beim „legalen Arm“ des Rechtsextremismus haben Verfassungsschützer und andere Beobachter ebenfalls neue Tendenzen ausgemacht. Bei den zugelassenen rechtsextremen Parteien gibt es - neben dem bekannten Posten- und Verdrängungskampf - zunehmende Bemühungen um Annäherung und Zusammengehen „angesichts des nationalen Notstands in Deutschland“, die vor allem von der NPD ausgehen. Die ausländer- und demokratiefeindliche Propaganda in Gaststätten, bei Sportveranstaltungen und in öffentlichen Verkehrsmitteln wird aggressiver und lautstärker. An Schaufenstern, Werbeflächen und Postbriefkästen kleben immer häufiger absichtlich relativ klein gehaltene Aufkleber mit populistischen Forderungen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Rettet die D-Mark“, „Sicherheit durch Recht und Ordnung“. Es besteht also hinreichend Grund, auch im Bundestagswahljahr beide Augen offen zu halten und nicht zuzulassen, daß die braunen Ideologen die sozialen Probleme und manche Enttäuschungen gerade im Osten für ihre Zwecke mißbrauchen können.

Ralf Bachmann

Aktivitäten**Lektüre für den rechten Leser**

1.800 Verlage aus 34 Ländern offerierten bei der Leipziger Buchmesse in zwei Hallen auf dem neuen und hypermodernen Messegelände ihr Verlagsprogramm. Wie auch auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst waren an mehreren Ständen rechtsextreme, okkultistische, verschwörungstheoretische und esoterische Verlage vertreten.

Mit dem Tübinger Verlagskomplex Grabert/Hohenrain, der seit Jahren aufgrund von Protesten kritischer Messebesucher nicht mehr bei der Frankfurter Buchmesse zugegen ist, präsentierte sich in Leipzig gar „einer der größten deutschen rechts-extremistischen Verlage mit Programmschwerpunkt im >revisionistischen< Bereich“ (Landesverfassungsschutzbericht Baden-Württemberg). Vor Ort offerierte Grabert/Hohenrain u.a. die holocaustleugnende Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG), einen Jubelband über Hitlers Lieblingsbildhauer Arno Breker, der vom Führer eigens einen Landsitz im märkischen Jäckelsbruch geschenkt bekam und Werke des heute noch umtriebigen Rechtsextremisten Werner Georg Haverbeck, ehemals NSDAP-Funktionär, Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat“ (1993-1935) sowie Vertrauter von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß.

In der jüngeren Vergangenheit, so Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, wurden wiederholt Bücher der Verlage Grabert/Hohenrain beschlagnahmt und gerichtlich eingezogen bzw. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Mit Hausdurchsuchungen durch die Polizei kann auch der NS-orientierte „Verlag + Agentur Werner Symanek“ (VAWS) aufwarten. Symanek, Mitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik, zog in Leipzig vorwiegend ostdeutsche Skins, die in Klassenstärke mit ihren Lehrkräften zur Buchmesse angereist waren, in seinen Bann - konnten sie bei VAWS doch ungeniert im Fotoband „Aktfotografie der 30er und 40er Jahre“ blättern. Aneinandergereiht sind dort

u.a. Aktfotografien von Willi Zielke, der die Standfotos zum Riefenstahl-Film „Olympia 1936“ machte oder von Gerhard Riebicke, dessen Fotos in dem vom „Völkischen Beobachter“ hochgelobten Buch „Mensch und Sonne“ von 1936 veröffentlicht wurden.

VAWS, jüngst von Bingen nach Duisburg umgezogen, druckt und verschickt auch die monatlich erscheinenden „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), in denen „vor allem die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet, fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft“ wird (Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen). Herausgeber der UN ist die Gruppierung „Unabhängige Freundeskreise“ (UFK), die 1969 von ehemaligen Funktionären und Mitgliedern der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) gebildet wurde.

■ „Hitler als US-Agent“ ■

Verschwörungstheoretisch geht es beim „Verlag außergewöhnliche Perspektiven“ (VAP) von Bruno Goll aus Preußisch Oldendorf zu. VAP verbreitet das schon vor 20 Jahren von dem US-Amerikaner Gary Allen verfaßte zweibändige Werk „Die Insider“. Enthüllt wird auf rund 500 Seiten „wer die Welt wirklich regiert“; soll heißen das „geheime Zusammenspiel der westlichen Hochfinanz mit den Kommunisten“. Ziel des „weltweiten Verschwörernetzes“ sei eine „Neue Weltordnung“, die für „die Menschheit den Abstieg in die Sklaverei bedeute“. Gedruckt werden die VAP-Bücher bei der Kölle-Druck GmbH in Preußisch Oldendorf, einer Druckerei, deren Gründer, Erwin Höke, einst Batteriechef der SS-Division „Hitler-Jugend“ war. Bei Kölle wurde bis Ende 1994 auch die antisemitische Hetzpostille „Die Bauernschaft“ von Thies Christophersen, Autor des Pamphlets „Die Auschwitzlüge“, hergestellt und vertrieben.

Zum einschlägig bekannten Kreis der Verschwörungstheorien huldigender Verlage zählt, wie auch der „Ewert-Verlag“ mit Sitz im nordrhein-westfälischen Lathen (vgl. BNR 22/97), ebenso der Wuppertaler Versandbuchhändler und Verleger Dieter Rüggeberg. Eines der bekanntesten Werke aus seinem Haus ist das Buch „Wer half Hitler?“ von einem I.M. Maiski, das auch in Leipzig einsehbar war. In dem Buch wird als „Sensation enthüllt“, daß Adolf Hitler als „Agent einer US-ame-

rikanischen Freimaurerloge entlarvt“ sei. Selbst der 1996 verstorbene einstige NPD-Bundesvorsitzende, Adolf von Thadden, kam nicht umhin in der Monatszeitschrift „Nation+Europa“, dem führenden ideenpolitischen Organ von bundesdeutschen Rechtsextremisten jeglicher Couleur, festzustellen, daß dies „blanker Unsinn“ sei.

Mit von der Partei waren mit Verlagsständen neben der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ auch der germanophile „Verein für deutsche Schrift und Sprache“ und der „Ahriman-Verlag“, eine dubios anmutenden Psycho-Sekte, in deren Schriften Solidarität mit der Scientology-Organisation gezeigt wird. Allesamt sind sie seit Jahren ebenfalls bei der Frankfurter Buchmesse vertreten.

■ Die Wirrwege ex-linker Apo-Veteranen ■

Aus Österreich angereist war ebenfalls wieder der in Graz beheimatete „Leopold Stocker Verlag“ (vgl. BNR 10 u. 22/97) Im aktuellen Gesamtverzeichnis findet sich stramm rechte Standardliteratur des gehobenen Anspruchs wie „Lexikon des Konservatismus“, herausgeben von Caspar v. Schrenck-Notzing, Gründer der jungkonservativen Zeitschrift „Criticon“ oder „Abschied vom Abendland“ des rechtsklerikalen Hochschulprofessors Klaus Motschmann.

Neu im Stocker- Programm ist das Buch „Bye-Bye '68. Renegaten der Linken, APO-Abweicher und allerlei Querdenker berichten“ von Claus-M. Wolf-schlag, Schreiberling in der „Jungen Freiheit“. 19 einstmals vermeintlich linke Autoren, die heute im stramm rechten bis rechtsextremen Milieu zu Hause sind, berichten in dem Buch über den Wirrweg ihres Lebens; darunter: Siegmund Faust, einst SED-Mitglied, heute Sachsens Stasi-Beauftragter mit Kontakten zur rechten Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), Reginald Rudolf, einst Dozent für marxistische Ästhetik in Leipzig, heute Chefredakteur des stramm rechten Medienhintergrunddienstes „rundy“ sowie Rainer Langhans, einst APO-Politclown, der heute über Nazi-KZs als „spiritualistische, hocherregte Felder“ schreibt und Hitler als „ein Werkzeug in einem sinnvollen Zusammenhang“ sieht, so in seinem Buch „Theoria Diffusa“.

Anton Maegerle

Aktivitäten

Wieder stolz, ein Deutscher zu sein

Die Neugründung „Bund Freier Bürger-Offensive für Deutschland“ hat den Bundestagswahlkampf eingeläutet. Bis Sommer wollen die Ultrarechten, die massiv die Werbetrommel rühren, 10 000 Mitglieder in ihren Reihen haben.

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der große Saal in „Grothenns Gasthaus“ in Bremen-Arbergen, in dem der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ (BFB) unlängst den offiziellen Startschuß für seinen Bundestagswahlkampf erklingen ließ. Rund 200 Personen - die meisten älteren Semesters und in festliches Tuch gehüllt - hatten sich eingefunden. Von Protesten blieben sie unbehelligt, obwohl Bremen als linkes Mekka gilt und der BFB im Vorfeld zu der Veranstaltung einige große (und teure) Zeitungsanzeigen geschaltet hatte.

Glaubt man Kristof Berking, Wahlkampfleiter für Norddeutschland und Hamburger BFB-Landesvorsitzender, dann ist die Rechts-Partei für die politische Auseinandersetzung bestens gerüstet. In fast allen Bundesländern seien inzwischen Landesverbände gegründet worden - bis auf Brandenburg und Bremen. Aber Berking, ein gelernter Jurist, der als Kulturredakteur bei der ultrarechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ journalistische Erfahrungen sammelt, zeigte sich zuversichtlich, daß zumindest in der Hansestadt in Kürze zum großen Gründungsschlag ausgeholt werden könne.

Den Optimismus von Kristof Berking im Hinblick auf die BFB-Expansion nach Bremen teilt auch BFB-Generalsekretär Dr. Heiner Kappel, bis zu seinem Parteiaustritt im vergangenen Dezember stellvertretender Vorsitzender der hessischen FDP-Landtagsfraktion. Berking hatte die Zusammenkunft im kleinsten Bundesland eröffnet, BFB-Chef Manfred Brunner beendete sie, und Kappel kümmerte sich im mittleren Teil um den ideologischen Unterbau.

Zuvor gab er die Prognose ab, der BFB werde bis zur Sommerpause 1998 rund 10 000 Mitglieder deutschlandweit zählen. Dieser Zuwachs werde unter anderem durch Übertritte aus anderen ebenfalls weiter rechtsstehenden Kleinparteien erreicht. Rund 30 Splittervereine mit Parteienstatus hat der BFB-

Manager nach eigenen Angaben in den letzten Wochen angeschrieben und sie dringend gebeten, die "Atomisierung" des rechten Lagers zu überwinden. Die Resonanz sei durchaus positiv gewesen.

Große Hoffnung setzt Heiner Kappel auch in die Unterstützung durch Vertriebenen-Kreise. Wohl nicht ohne Hintergedanken wurde während der Veranstaltung in Bremen ein Interview verteilt, das Manfred Brunner im Februar 1998 dem „Ostpreußenblatt“ gegeben hatte. Darin beklagt der Ex-FDP-Politiker und einstige EU-Spitzenbeamte unter anderem: "Man hätte niemals den alten Artikel 23 des Grundgesetzes abschaffen dürfen, der allen Gebieten, die bis zum 31. Dezember 1937 Teil des deutschen Reiches waren, das Beitrittsrecht zur Bundesrepublik Deutschland gewährte." Und als Credo des BFB gab Brunner im offiziellen Organ der Landsmannschaft Ostpreußen zu Protokoll: "Wir wollen einer verrotteten und geldgierigen Pseudo-Elite Menschen entgegenstellen, die an Ideale glauben und für diese Ideale Opfer bringen wollen." Das „Ostpreußenblatt“ war wegen seiner Nähe zu rechtsextremen Personen und Positionen bereits häufiger Gegenstand von Anfragen im Bundestag.

■ Die "Atomisierung" des rechten Lagers überwinden ■

Ein unübersehbares Signal in Richtung der Vertriebenen darf man wohl auch in der Berufung von Dr. Paul Latussek zum BFB-Wahlkampfleiter für die neuen Bundesländer erblicken. Latussek, stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) und BdV-Chef in Thüringen, dient dem BFB als Vize Brunners. Nach Erkenntnissen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat Latussek bereits mehrfach Beiträge in rechtsextremistischen Zeitschriften veröffentlicht. Außerdem betätigte er sich als Referent der ultrarechten „Gesellschaft für Freie Publizistik“. Vor seinem Einstieg beim „Bund Freier Bürger“ mischte Paul Latussek in der erzkonservativen „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) mit, leitete deren thüringischen Landesverband und saß zuletzt als Beisitzer im Bundesvorstand. Seine politische Karriere hatte er 1990 bei der DSU begonnen, für die er damals in die DDR-Volkskammer eingezogen war.

Daß seit der Erweiterung des BFB um die „Offensive für Deutschland“ Anfang des Jahres auch eine deutliche Radikalisierung eingetreten ist, be-

legt eine Analyse der Partei-Publikationen, beispielsweise in Sachen „Political Correctness“. Bisher hatte es im Zehn-Punkte-Programm des BFB geheißen: "Ein Tabuisierungskartell in Massenmedien und Politik bestimmt, welche Themen diskutiert werden dürfen und welche Personen angepaßt genug sind. Für die Bürger bedeutet das den Zwang zu 'politischer Korrektheit' und in nicht wenigen Fällen Einschüchterung und Ausgrenzung. In dieser Lage ist es für den Bund Freier Bürger oberstes Gebot, für die Meinungsfreiheit aller Staatsbürger einzutreten. Wir werden nicht zulassen, daß Gedanken, die in jedem anderen Land selbstverständlich sind, bei uns gebrandmarkt werden." Das aktuellere Zehn-Punkte-Programm des BFB nebst „Offensive“ nimmt in diesem Zusammenhang dagegen gar kein Blatt mehr vor den Mund: "Die zum Ritual erstarrte Vergangenheitsbewältigung ist eine Zumutung für die junge Generation. Sie lähmt unser Land. Das permanente Schüren von Schuldgefühlen, für das die politische Klasse mitverantwortlich ist, hat kaum noch erträgliche Ausmaße erreicht. Mit einem neurotischen Deutschland aber läßt sich das Europa der Zukunft nicht bauen."

BFB-Generalsekretär Kappel bemühte sich bei seinem Auftritt an der Weser zwar, alles in allem seriös zu wirken. Aber den meisten Applaus erntete er, wenn er seinem Publikum anscheinend aus der Seele sprach, etwa in Sachen „Ausländerpolitik“. "Die Illusion muß beendet werden, Deutschland sei die Sozialstation der Welt", rief er aus. Das habe nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, "sondern mit Inländerfreundlichkeit und die tut bitter not in diesem Land". Jeder Volksvertreter solle - so der Theologe Heiner Kappel - "zum Teufel gehen, wenn er es als seine zentrale Aufgabe ansieht, sein Volk aufzulösen." Kappels Resümee: "Es ist wieder an der Zeit zu sagen: Ich bin stolz auf meine Heimat. Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein."

Thomas Klaus



Demokratische Initiativen

In einem gemeinsamen Appell haben u.a. der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der sächsische DGB-Vorsitzende Lucassen, der Präsident der Arbeitgeberverbände Sachsens, Kreutel, sowie die Bischöfe der katholischen und evangelischen Kirchen in Sachsen zum Protest gegen die geplante Demonstration der rechtsextremistischen NPD am 1. Mai in Leipzig aufgerufen.

Aus der Szene

Terroristisches Potential

Der Polizei in Rheinland-Pfalz ist ein entscheidender Schlag gegen militante Rechtsextremisten gelungen. Beigetragen haben dazu Aussagen von inhaftierten Neonazis.

Im Landkreis Kaiserslautern wurden bei verschiedenen Razzien gegen die rechtsextremistische Szene ein regelrechtes Waffenarsenal, darunter sieben Maschinenpistolen, elf Gewehre, vier Pistolen, zwei Revolver, über 8.000 Schuß Munition und Nachtsichtgeräte, sichergestellt. Nach Angaben der Polizei soll der Hauptlieferant der Waffen ein einschlägig vorbestrafter 42-jähriger Werkzeugmacher aus dem Landkreis Kaiserslautern sein. Bei den Abnehmern der scharfen Waffen handelt es sich nach Erkenntnissen der Ermittler vor allem um lokale Angehörige des „Stahlhelm e.V.“ und der „Nationalen Volksfront“ (N.F.V.) im Alter zwischen 19 und 62 Jahren. Gegen die „Waffeninteressenten“ wird, so die offizielle Erklärung der Ermittlungsbehörden, wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz, das Sprengstoffgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt.

Dem rechtsextremen und militaristischen „Stahlhelm“ gehören in Rheinland-Pfalz rund 40 Mitglieder an. Landesvorsitzender ist Hans-Jürgen Hertlein, der auch in der rassistischen „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ aktiv ist. Bereits 1992 wurden bei einem 22-jährigen Studenten aus dem Umfeld des „Stahlhelm“ Waffen gefunden, darunter eine Panzerfaust, drei Handgranaten, zwei Faustfeuerwaffen und Munition.

Mit einer der jetzt sichergestellten Maschinenpistolen haben im Mai 1996 zwei damals 19 und 20 Jahre alte Angehörige der N.F.V. einen Anschlag auf einen türkischen Döner-Laden in Neustadt/Weinstraße verübt. Bei einem der Tatbeteiligten soll es sich nach Angaben der Behörden um den inhaftierten und von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) betreuten Neonazi Michael Bar (vgl. BNR 22/97) handeln. Die beiden Aktivisten des N.V.F. seien an verschiedenen Schändungen jü-

discher Friedhöfe in den vergangenen Jahren beteiligt gewesen, wie Staatsanwaltschaft und Polizeipräsidium Westpfalz in einer Presseerklärung ausführten.

Eine Serie von rechtsextremistischen, insbesondere antisemitischen Straftaten in Rheinland-Pfalz wurde infolge der Aussagen der derzeit eine Haftstrafe abbüßenden Neonazis Wolfgang Lutz (22) und Michael Bar (21) bereits kurz vor Weihnachten 1997 aufgeklärt. Die Polizei verhaftete sieben tatverdächtige Rechtsextremisten, auf deren Konto u.a. zahlreiche Bedrohungen und Sachbeschädigungen, neben jüdischen Friedhöfen auch an evangelischen und katholischen Kirchen, gehen soll. Vorgeworfen werden den Tatverdächtigen die Friedhofschändungen im westpfälzischen Dahn (Kreis Pirmasens) vom November 1994 und im vorderpfälzischen Neustadt/Weinstraße vom Mai 1997. Unter den sieben Tatverdächtigen im Alter zwischen 19 und 31 Jahren befinden sich Christoph Bauer (31) aus dem südbadischen Grenzach-Wyhlen (Kreis Lörrach) und Markus Walter (23) aus Pirmasens. Der Jura-Student Bauer fungierte zuletzt als Vorsitzender der 1986 von Ernst Tag (51) initiierten „Aktion Sauberes Deutschland“ (ASD), der mit einer Ausnahme auch alle übrigen Tatverdächtigen angehören. Nach dem öffentlich verkündeten Ausstieg von ASD-Gründer und -Führer Tag „aus dem national-politischen Widerstand in der BRD“ im Mai 1995 waren die Aktivitäten der ASD vorübergehend zum Erliegen gekommen. Im zweiten Halbjahr 1996 erschienen dann aus Lörrach wieder ASD-Publikationen; Christoph Bauer war vorher bereits Schriftleiter der ASD-Publikation „Der Schulungsbrief“. Im Sommer 1996 nahm auch das 1987 von Ernst Tag ins Leben gerufene „Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige“ (IHV) seine Tätigkeit wieder auf. Nachfolger von Ernst Tag als IHV-Vorsitzender wurde Markus Walter, sein Vize das vormalige Mitglied der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Bauer. Der mehrfach vorbestrafte Neonazi Ernst Tag muß nun selbst wieder in Haft, da das Oberlandesgericht Zweibrücken seine Revision verworfen hat (vgl. BNR 6/98). Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft wird nun die Vollstreckung einer elfmonatigen Haftstrafe eingeleitet.

Angesichts der jüngsten Waffenfunde in der Süd- und Westpfalz warnte Innenminister Walter Zuber (SPD) vor einer drohenden Entwicklung. Es bestehe die Gefahr, „daß gewaltbereiter Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus wird.“ Sönke Braasch

Analyse**Ein sicheres
Wählerpotential****Nachlese zum REP-Wahlergebnis in
Niedersachsen**

Die schnelle Analyse sah nur den Rückgang der REP um 0,9 Prozent auf 2,8 Prozent. In absoluten Zahlen ein Verlust von 40.000 Stimmen gegenüber dem Ergebnis von 1994. Übersehen wurde bei diesen Analysen, daß sich die REP erstaunlich gut in allen Wahlkreisen behauptet haben, in denen sie mit Wahlkreiskandidaten auftraten. Dieses gilt für die vier Wahlkreise der Stadt Braunschweig, für die Wahlkreise Osterode, Northeim, Einbeck, Bad Pyrmont, Lehrte, Osterholz-Scharmbeck, Achim, Fallingb., Celle-Land, Celle und Wilhelmshaven. In immerhin 46 der 100 Landtagskreise konnten sie ein besseres Ergebnis als im Landesdurchschnitt (2,8 Prozent) verbuchen, wobei der Wahlkreis Wilhelmshaven mit 8,6 Prozent die Spitze hält.

Bei der Zuordnung zu sozialstrukturellen Merkmalen fällt auf, daß die historische Wahllandschaft Niedersachsens mit Regionen, in denen SRP, DRP und NPD überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten, verschwunden zu sein scheint. Im agrarischen Niedersachsen schneiden die REP nicht sehr gut ab, nur Celle-Land bildet eine Ausnahme. Es sind städtische Wahlkreise, Stadtumland-Wahlkreise und Wahlkreise in Gebieten mit mittelständischer Wirtschaftsstruktur, denen allen eine seit Jahren hohe Arbeitslosigkeit gemeinsam ist, die in den Städten noch durch hohen Ausländeranteil ergänzt wird, die günstige Ergebnisse für die REP hervorbringen. Die Stimmbezirksanalyse in den Städten belegt diesen Zusammenhang eindeutig. Als neuer noch zu untersuchender Faktor kann die Bundeswehr in einigen Wahlkreisen gewirkt haben: Dafür sprechen die Ergebnisse in Fallingb., Celle-Land, Celle, Jever und Wilhelmshaven.

Auffällig niedrige Ergebnisse zeigen die Wahlkreise um Göttingen, alle Wahlkreise mit hohem Anteil an katholischer Bevölkerung sowie die Wahlkreise im westlichen Niedersachsen, hier bilden Jever und Wilhelmshaven die Ausnahmen. Aber auch viele Wahlkreise im nassen Dreieck zwischen Elbe und Weser liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt (Hadeln 1,9; Stade 2,2;

Buxtehude 2,0; Bremervörde 1,6; Rotenburg 1,9; Wesermünde 1,9), nur in der Stadt Cuxhaven erreichten die REP 2,9 Prozent, doch bezogen auf 1994 verloren sie dort 1,5 Prozent.

Als Fazit der Landtagswahl kann gezogen werden: Die REP haben ein sicheres Potential um drei Prozent, das neben der Alt-Rechten aus sozial abgestiegenen Gruppen gespeist wird, gefördert von den Problemen instabiler städtischer Viertel mit hohem Ausländeranteil. Hier deutet einiges darauf hin, daß in diesen Vierteln der Ausländeranteil aus Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern besteht. Völlig neu ist der vermutete Einfluß von Bundeswehrstandorten auf das Abschneiden der REP bzw. von rechtsradikalen Parteien. Dieses mögliche Wahlverhalten verlangt nach weiteren Untersuchungen.

Das rechtsradikale Potential ist sicher erweiterbar, wenn durch aktiven Wahlkampf und durchgängige Wahlkreispräsenz das rechte Programm breiter dargestellt wird. Für aktive rechtsradikale Parteien, die an die Stelle der in Niedersachsen abgewirtschafteten REP treten könnten, eröffnen sich hier Wahlchancen. Bei Fortbestehen des sozialen Klimas und bei leicht gesunkener Wahlbeteiligung sind Überraschungsergebnisse um fünf Prozent nicht auszuschließen.

Klaus Wettig

**Veranstaltungshinweis**

In der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in Nordhausen ist bis 12. Juni die Ausstellung „Nur wenige kamen zurück. Sinti und Roma im Nationalsozialismus“ im Gebäude der ehemaligen Feuerwache zu besichtigen. Die umfangreiche Ausstellung und der Katalog geben Auskunft über das Leben der Sinti und Roma vor 1933, die nachfolgende Zerschlagung ihrer Lebensgrundlagen und ihre Verfolgung nach der Machtergreifung durch die Nazis. Im Mai 1940 begann die Zwangsverschleppung; der Weg vieler Sinti und Roma endete in den Gaskammern oder bei der Zwangsarbeit in KZs. Die Ausstellung, eine Leihgabe der Rom e.V. Köln, wurde anlässlich des 53. Jahrestags der Befreiung von Mittelbau-Dora am 3. April eröffnet. Besichtigung täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr.

KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, PF 99727 Nordhausen; Tel. 03631/983636; fax -/990181.

Aus dem Verfassungsschutz**Verbandelungen in Schleswig-Holstein**

Dem bundesweiten Trend entsprechend, weist auch das Land zwischen Nord- und Ostsee eine Zunahme des militanten rechtsextremistischen Potentials, überwiegend Skinheads, von 250 auf 330 Personen auf. Im Gegensatz zum fast überall festgestellten Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ist laut Landesverfassungsschutzbericht für 1997 in Schleswig-Holstein zwar die Zahl von 36 auf 24 gesunken, besonders schwer wiegt dabei allerdings die Ermordung eines schleswig-holsteinischen Polizeibeamten durch den Berliner Neonazi Kay Diesner im Februar vergangenen Jahres. Unliebsame Schlagzeilen machte auch die Hansestadt Lübeck durch eine Reihe von rechtsextremistisch motivierten Brandanschlägen und Sachbeschädigungen gegenüber kirchlichen Gebäuden. Insbesondere Lübeck erregte durch die Kandidatur des „Bündnis Rechts für Lübeck“, in dem Vertreter von rechtsextremistischen Wahlparteien mit Neonazis gemeinsame Sache machten, zu den Kommunalwahlen in diesem März (3.533 Wählerstimmen) überregionale Aufmerksamkeit. Die neonazistische Szene ist nach Beobachtung der Behörden rein zahlenmäßig mit rund 60 Aktivisten zwar eher schwach, macht aber umso mehr durch spektakuläre Auftritte von sich reden. Als besonders rührig gilt dabei ein enger Kreis um die Spitzenfunktionäre Thomas „Steiner“ Wulff und Christian Worch von der verbotenen Hamburger „Nationalen Liste“ (NL), eines Ablegers der illegalen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, und der in Schleswig-Holstein unter verschiedenen Firmierungen wie „Patriotische Jugend“, „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland“, als Landesverband Schleswig-Holstein des „Bundes für Gesamtdeutschland“ oder verschiedenen „Aktionskomitees“ hervortritt. Als geschickter Schachzug muß hier vor allem die im vergangenen Oktober erfolgte Gründung eines Landesverbandes des in Süddeutschland beheimateten „Freiheitlichen Volks Block“ angesehen werden, der in Schleswig-Holstein aus der der Skinhead-Bewegung zuzurechnenden „Fissauer Kameradschaft“ hervorgegangen ist - was insofern eine Trendwende in der sich zunehmend in autonomen Zirkeln strukturierenden braunen Szene darstellt. Keinerlei Berührungsgängste herrschen seitens der NPD

und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ mit der Neonazi-Szene, beispielsweise „Bündnis Rechts für Deutschland“ oder „Bündnis Rechts für Lübeck“, wobei auch personelle Verflechtungen festzustellen sind. Für die NPD hat sich das Zusammengehen mit dem neonazistischen Spektrum bislang mitgliedermäßig nur geringfügig ausgezahlt, die Neuzugänge wurden durch Abgänge teilweise wieder wettgemacht. Zusammen mit den „Jungen Nationaldemokraten“ verfügt sie über 140 Mitglieder. Die DVU, von der außer Stammtischen keine Aktivitäten zu verzeichnen waren, hat aktuell 800 Mitstreiter (1993 waren es 1.800); die REP, die in Schleswig-Holstein vor fünf Jahren immerhin 500 Personen in ihren Reihen zählten, dümpeln mit 140 vor sich hin und die DLVH mit 50.

Gewalttätige Szene in M-V

Die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist mit 434 (1996:573) rückläufig. Deutlich höher lagen allerdings die schweren Gewalttaten mit 82 (1996:45) Vorfällen; darunter 51 (1996:31) mit fremdenfeindlicher Motivation, so der Landesverfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern für 1997. Meldungen aus dem Innenministerium zufolge sind dem Trend entsprechend im vergangenen Jahr auch wieder die antisemitischen Straftaten auf 40 Vorkommnisse (1996:36; 1995:45) angestiegen.

Von den für das Jahr 1997 amtlicherseits registrierten 7.600 gewaltbereiten Rechtsextremisten für die gesamte Bundesrepublik stammen allein 800 aus Mecklenburg-Vorpommern (1996:600). Weit überproportional ist ebenso der Anteil der in M-V beheimateten 250 (Vorjahr:130) Neonazis (bundesweit 2.400). Die Szene ist locker strukturiert in sogenannte autonomen Kameradschaften; als relevante Gruppe wird die „Kameradschaft Neuteutonia Neustrelitz“, die sich gerne als „Wanderfreunde Neustrelitz“ tarnt, mit Kontakten nach Hamburg und Schleswig-Holstein genannt. Eine wichtige kommunikative Funktion für die Szene erfüllen Musikveranstaltungen (23; davon 13 Live-Konzerte mit Skinbands; in Einzelfällen bis zu 600 Besucher) sowie der Handel mit Skin-Devotionarien und Fanzines. Rührig sind nicht zuletzt NPD und JN, die hier ein „mobilisierbares Spektrum“ ausgemacht haben. Die NPD erlebt mithin als einzige rechtsextremistische Partei in MV einen Aufwärtstrend, gründete neue Kreisverbände und konnte ihren Mitgliederstand auf 100 (1996:50) steigern; weitgehend bedeutungslos stagnierten DVU, REP und DLVH.

G. N.

Grauzone

Wachwechsel bei „Criticón“

Der neue Herausgeber des neonkonservativen Intelligenzblattes zeichnet sich vor allem durch umweltpolitische Borniertheit aus.

Mit der ersten Ausgabe dieses Jahres übergibt Caspar von Schrenck-Notzing seine Vierteljahreszeitschrift „Criticón“ in jüngere Hände. Ein halbes Jahr, nachdem auch bei ihm die „Siebziger verweht“ sind, glaubt der ehemalige bayerische Landesvorsitzende des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ und begüterte Großaktionär, für das durch ihn im Juli 1970 zunächst als reines Rezensionsorgan gegründete Blatt mit Gunnar Sohn (geb. 3.1.61) einen geeigneten Nachfolger als Herausgeber gefunden zu haben.

„Criticón“ war in den vergangenen 25 Jahren trotz einer relativ geringen Auflage von ca. 5.000 Exemplaren zum wohl einflußreichsten neokonservativen Blatt der Bundesrepublik geworden. Unter kräftiger Mithilfe Armin Mohlers, des Gildenschaftlers Dr. Hanns Klatz und des Evangelikalen Prof. Klaus Motschmann war es gelungen, das Blatt als strömungsübergreifendes Organ zu etablieren. Funktionäre des rechten Randes der CDU fanden hier ebenso eine Plattform wie Rolf Schlierer, christliche Fundamentalisten katholischer oder protestantischer Ausrichtung schrieben neben erklärten Heiden, konservative Revolutionäre und Vertreter der „Neuen“ Rechten debattierten mit Neoliberalen, Technikgläubige mit Anhängern der politischen Romantik. Heftiger Dissens, wie nach Mohlers entschiedener Lossagung von den Unionsparteien zu Beginn der siebziger Jahre, blieb dabei der Ausnahmefall.

Der designierte Nachfolger Gunnar Sohn stammt aus Berlin, wo er Wirtschaftswissenschaften an der FU studierte. 1987 - 89 war er Landesvorsitzender der Jungen Union, stieß mit seinem deutlichen Rechtskurs und Kritik am Parteienwesen aber auf den Widerstand der Parteiführung. So machte es keinen guten Eindruck, daß er sich 1988 eine Reise nach Südafrika vom dortigen Rassistenregime sponsern ließ und dies ruchbar wurde. Nach einer Phase als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundestag wechselte er 1989/90 zur Konrad-Adenau-

er-Stiftung. Dem folgte ein knapp dreijähriges Gastspiel als Mitarbeiter von Elisabeth Noelle-Neumann an deren Allensbacher Institut für Demoskopie. Anschließend war er bis Herbst 1997 Pressesprecher des Dualen Systems Deutschland und arbeitet jetzt in der Kommunikationsbranche. .

Seine alte Heimat CDU hat Sohn verlassen, um beim „Bund Freier Bürger“ aktiv zu werden, wo er 1994/95 Beisitzer im Bundesvorstand war. Neben in seinen Artikelveröffentlichungen seit Anfang der neunziger Jahre in „Criticón“ hat er seine marktradikale, neoliberale Grundposition vor allem in seiner Buchveröffentlichung „Die Öko-Pharisäer“ zum Ausdruck gebracht. Diese stieß umgehend auf die vernichtende Kritik des ökologisch ausgerichteten Teils der Klientel von „Criticón“, die ihm das schlichte Ignorieren der realen Umweltprobleme vorwarfen. Die Durchsetzung ökologischer Forderungen ist für Sohn nicht mehr als eine „Terrorisierung der Wirtschaft“.

Schrenck-Notzing hatte es mit seinen Buchpublikationen, z.B. „Charakterwäsche“ (zuerst 1981) gegen „die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland“, geschafft, dem vielfältigen Lager vom rechten Rand der Unionsparteien bis zur „Neuen“ Rechten einigende Feindbilder zu liefern und an einem gemeinsamen Traditionsbestand („Lexikon des Konservatismus“) zu arbeiten. Dadurch hat er sich rechts parteiübergreifend eine anerkannte, integrierende Rolle erarbeitet, die auch dadurch nicht gemindert wird, daß Ehefrau Regina an führender Stelle für den „Bund Freier Bürger“ auftritt. Es ist mehr als fraglich, ob ein Gunnar Sohn das ebenso erfolgreich wird fortsetzen können, da er sich in der jüngeren Vergangenheit bereits zu deutlich positioniert hat, selbst zu Frontbildungen beigetragen hat. Dies wird verstärkt auch noch durch den Umstand, daß Armin Mohler, der in der Vergangenheit immer wieder als Korrektur zu Schrenck-Notzing und bewußter Provokateur des denkschwachen rechten Lagers in „Criticón“ gewirkt hatte, sich in dem Blatt seit geraumer Zeit vorwiegend nur noch um ästhetische Fragen kümmert. Ob er an dem neuen Mann an der Spitze seine Freude haben wird, darf bezweifelt werden.

Die Ausgaben dieses Jahres müssen erweisen, ob Sohn erfolgreich in die Fußstapfen des Gründers von „Criticón“ treten kann. Schafft er es in diesem Zeitraum nicht, dann ist ein Ende des traditionsreichen Blattes absehbar. Ob Schrenck-Notzing eine in seinem Sinne gute Wahl getroffen hat, dürfte bei seiner Klientel bereits heute umstritten sein.

Volkmar Wölk

ZEITSCHRIFTENSCHAU**Periodika der extremen Rechten****„Europa Vorn“ (EV), Nr.121/122, 11.Jg., Februar/März 1998:**

Schwerpunktthema des Heftes ist die Religion, die unabdingbare Voraussetzung für das Menschsein an sich sei, so EV-Herausgeber Manfred Rouhs. Er räsoniert, ob Atheisten überhaupt Menschen im engeren Sinne darstellten. Dies sei die große geistige Schlacht des 21. Jahrhunderts, hier die Patrioten, die Bewahrer, die Gläubigen, dort die Atheisten, „der Abschaum“, die „Front der Menschenaffen“. Einzig der Glaube gebe die überlegene Kraft, bis in den Tod hinein an einer Sache festzuhalten. Dem plumpen Rassismus, wie er von den bundesdeutschen neuheidnischen Recken gepredigt wird, erteilt Christian Rogler eine klare Absage, im Christentum finde jeder Mensch - natürlich innerhalb seiner angestammten Kultur - ohne Rücksicht auf äußere Merkmale Platz. Es gelte, daß die patriotische Rechte ihren Bezug zum Glauben wieder finde, um eine Gegenwelt zu der von der Pest des Liberalkapitalismus verseuchten Welt zu vermitteln. Was eigentlich Neuheidentum im eigentlichen Sinne bedeutet und wie sich die „neuheidnische Spiritualität“ insgesamt zeitgemäß umsetzen und damit nutzbar machen lasse, versucht Klaus Voss zu verstehen. Er empfiehlt, die „Verbindung von heidnischer Spiritualität und alternativen-sozialrevolutionären Gesellschaftsvorstellungen“ neu zu diskutieren. Enttäuscht vom Zustand der Parteien der extremen Rechten zeigt sich Manfred Rouhs. Während REP und BfB die Aussichten auf Parlamentsmandate wichtiger seien als patriotische Programme, lasse die NPD die braunen Klischees aufleben, die immer wieder zur „Diskreditierung des seriösen Nationalismus“ zitiert würden und als Vorwand für Verbote dienten. Die Abgrenzungspolitik von REP-Chef Schlierer gegenüber anderen verfassungstreuen Patrioten habe in Niedersachsen zu einem Wahldebakel geführt. Es folgt der - unvermeidliche - Ruf nach einer gemeinsamen parteipolitischen Plattform. Da nach Meinung von EV auch ein Kanzler Schröder keinen politischen Wandel einleiten wird, kletterten die Chancen der Rechten bald über 10 Prozent - „und dann wird kein Halten mehr sein...“ Wolfgang Strauss schließlich breitet seine These über den „Befreiungskrieg“ aus, den die Deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begonnen habe.

„Junge Freiheit“ (JF)-13.Jg.,Nr. 14, 15/98:

Auf der Titelseite ein Beitrag von Johanna Grund, Ex-Europaparlamentarierin für die „Republikaner“ mit ihrem unerbittlichen Kreuzzug gegen Brüssel. Deutschland sei die Melkkuh der EU, der Euro ein herbeigezwungenes „Strafregiment“ für ein „schuldbeladenes Volk“. Die D-Mark würde geopfert „für dunkle Jahre der Geschichte“, was purer „Nationalmasochismus“ sei (14/98). Brutalität statt Schmusekurs: Gewaltexzesse von rechten Jugendlichen im Osten Deutschlands drückten nach Meinung des JF-Autors in Wirklichkeit Sehnsucht nach Liebe und einer heilen Welt aus, wie die der verlorengegangenen DDR; schuld daran trage nicht zuletzt die fehlende Liebe zum eigenen Land in der großwestdeutschen Bundesrepublik. Den linken Bann der „Political Correctness“ endlich gebrochen sieht die JF in Frankreich angesichts der fünf UDF-Politiker, die sich mit Stimmen des Front National wählen ließen (14/98). Für einen starken Staat, in dem auch Autorität wieder eine Rolle spielt, plädiert JF-Chefredakteur Dieter Stein (15/98). Wilfried Böhm, CDU-Rechtsaußen und Ex-MdB, beklagt das mangelnde nationale Selbstbewußtsein der Deutschen; die deutsche Geschichte lasse sich nicht einfach auf die Zeit seit 1933 reduzieren. Wohlwollend wird die Veranstaltung der Brunner-Partei Ende März vor der Frankfurter Paulskirche in der JF wiedergegeben; im verbissenen Kampf um die Rettung der D-Mark weiß man sich schließlich einig (15/98). Der NPD und deren durchaus erfolgreicher Strategie, im neonazistischen und militanten Spektrum zu fischen, wird unverhohlen Anerkennung gezollt. Über in naher Zukunft geplante Aktionen der rechtsextremistischen Partei darf sich auch der Vorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbunds“, Alexander von Webenau, im JF-Interview ausbreiten (15/98).

**In eigener Sache**

Betr.: Beitrag „Rechtsextreme Freundschaften“
BNR Nr.5 vom 11.März 1998

Der Berg-Verlag weist uns auf eine Unvollständigkeit in der Rezension des Le Pen-Buches hin: bei dem Bericht über die Absicht Le Pens, sich durch Erschießung eines Soldaten der deutschen Wehrmacht für seinen toten Vater zu rächen, ist nicht mitgeteilt worden, daß er kurz vorher von dieser Tat Abstand genommen hat.

Bücherschau

Autoritätsfixierte Frauen

Nicht um die Frage, ob Frauen mehr oder weniger rechtsextremistisch orientiert sind als Männer, sondern um die Frage, aus welchen Gründen heraus gerade junge Frauen autoritären bis rechtsextremistischen Orientierungen zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen, geht es der Göttinger Erziehungswissenschaftlerin Gertrud Siller in ihrer schlicht „Rechtsextremismus bei Frauen“ betitelten Studie. „Ziel ist es“, so die Autorin, „am Beispiel von sechs Berufsschülerinnen der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren Motive und Formen sowohl der Übereinstimmung mit rechtsextremistischen Denken und Verhalten als auch der Nichtübereinstimmung, der Skepsis und der Zurückhaltung auf der Basis ihrer spezifischen Lebenszusammenhänge sichtbar zu machen und zu erklären. Im Mittelpunkt steht dabei die Vermutung, daß die politischen Orientierungen von Frauen im Zusammenhang stehen mit ihren spezifischen Erfahrungs- und Konfliktkonstellationen in ihrer alltäglichen Lebenssituation und deren subjektiver Verarbeitung“ (S. 9f).

Den erwähnten Fallstudien vorgeschaltet sind Ausführungen zu den Reaktionsweisen von Frauen im rechtsextremistischen Spektrum und zu bisherigen theoretischen und empirischen Erklärungsversuchen sowie zum Geschlechterverhältnis als gesellschaftliches Organisationsprinzip und dem Verhältnis von strukturellen und subjektiven Voraussetzungen für politische Orientierungen von Frauen. Erst danach präsentiert Siller die Ergebnisse ihrer qualitativen Analyse anhand von folgenden Einstellungs- und Reaktionstypen: dem Versuch, gleichberechtigte Lebensformen durch „männliche“ Stärke und Härte zu erreichen, der Idealisierung der Partnerschaft als Konfliktvermeidungsstrategie, der Mutter-Kind-Beziehung als einzig verbleibende Sicherheit, traditionellen Weiblichkeitsbildern als Inbegriff von Fremdbestimmung, dem Versuch, Widersprüche auszubalancieren und beruflicher Selbstverwirklichung als zentralem identitätsstiftendem Element bei Ausblendung geschlechtsspezifischer Konfliktkonstellationen. Jede Fallstudie liefert Informationen zu sozialen Lebenskontexten in Familie und Beruf sowie zum Politikverständnis und Erfahrungen mit Politik der Befragten. Abschließend faßt Siller als zentrale Er-

gebnisse zusammen: „Die drei Frauen, deren politische Orientierungen rechtsextreme Tendenzen aufweisen, fixieren sich in ihren Lebensvorstellungen und -ansprüchen auf Bilder- bzw. Ziele, die sich vor dem Hintergrund ihrer konkreten Erfahrungen als von ihnen selbst kaum beeinflussbar oder durch eigenes Handeln erreichbar darstellen...“ (S. 235). Demgegenüber weisen die übrigen drei, nicht für rechtsextremistische Auffassungen anfälligen jungen Frauen folgende Besonderheiten auf: „Die Erhaltung selbstbestimmter Handlungs- und Gestaltungsspielräume, in denen sie immer wieder alles neu entscheiden kann, hat für sie bisher oberste Priorität. Im Unterschied zu den anderen drei Frauen bindet sie ihre Lebensvorstellungen nicht an eine ‘männliche’ oder eine ‘weibliche’ Lebensform, und sie sieht sich nicht gezwungen, sich an ‘männliche’ Verhaltensweisen angleichen zu müssen, um ihre Vorstellungen zu realisieren“ (S. 240).

Insgesamt sieht Siller in Erfahrungen selbstbestimmten Handelns wichtige Barrieren gegen rechtsextremistische Orientierungen. Insofern betont die Autorin überzeugend den Zusammenhang von bestimmten politischen Auffassungen und normalen Alltagserfahrungen und charakterlichen Einstellungen, die zunächst einmal relativ wenig mit rechtsextremistischen Einstellungen zu tun haben. An diese Erkenntnis anknüpfend lassen sich sicherlich eine Reihe von pädagogischen Maßnahmen entwickeln. Allerdings wäre zu fragen, ob diese Erkenntnisse verallgemeinert werden können. Das Phänomen der wenigen, aber durchaus existenten, selbstbestimmt in rechtsextremistischen Organisationen des In- und Auslands agierenden Frauen, läßt sich damit sicherlich nicht erklären. Ähnliches gilt für den Umkehrschluß, daß fremdbestimmtes Handeln von Frauen diese nicht automatisch rechtsextremistische Auffassungen annehmen läßt. Dies unterstellt Siller auch nicht, gleichwohl zeigt sich hier, daß über den von ihr zutreffend hervorgehobenen Einflußfaktor für die Akzeptanz des Rechtsextremismus auch noch andere Faktoren ausschlaggebend sein müssen. Deren gewichtende Einbettung in einen sozialwissenschaftlichen Erklärungsansatz wäre noch zu leisten.

Armin Pfahl-Traugher

Gertrud Siller, Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Op-laden 1997 (Westdeutscher Verlag), 264 S., 68 DM.

Bücherschau**Mit Demagogie
zum Erfolg**

Mehr als 25 Jahre nach seiner Gründung im Oktober 1972 ist der rechtsextremistische „Front National“ (FN) ein fester Bestandteil der französischen Parteienlandschaft geworden und kann regelmäßig bei Wahlen um die 15 Prozent der Stimmen auf sich ziehen. Den historischen und gegenwärtigen Zusammenhängen seines Wirkens hat der in Paris lebende deutsche Journalist Bernhard Schmid eine informative Arbeit gewidmet, welche unter dem Titel „Die Rechten in Frankreich“ die Entwicklung dieser von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart beschreibt.

Aufgegliedert ist der Text in zwei große Teile: Zunächst widmet sich der Autor der Herkunft und Geschichte der extremen Rechten bezogen auf die „progressiven“ Vorläufer der rechtsextremen Ideologie, die Boulanger-Krise als Geburt des politischen Nationalismus, die mit Maurice Barrés Wirken zusammenhängende Herausbildung eines nationalen Sozialismus, die antisemitische Bewegung zur Zeit der Dreyfus-Affäre, das Verhältnis der extremen Rechten zur Arbeiterbewegung, die Entwicklung in den dreißiger Jahren und während des Vichy-Regimes sowie dem Poujadismus in den fünfziger Jahren. Danach beschreibt Schmid den FN als eine „moderne faschistische Partei“ mit Ausführungen zur Funktionsweise, Strategie und Struktur, die ideologischen „Familien“ der extremen Rechten und deren Entwicklung im politischen System von der konservativen Reformpartei zur Anti-System-Opposition.

Schmid hat mit seiner journalistischen Arbeit eine überaus informative und gut lesbare Gesamtdarstellung zur Entwicklung der extremistischen Rechten in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert vorgelegt und damit zumindest ansatzweise eine Informationslücke für die deutschsprachige Literatur geschlossen. Aber nicht nur hierin allein besteht der Wert des Buches, das sich nicht nur rein beschreibend mit dem Thema auseinandersetzt, sondern immer wieder auch analytisch interessante Deutungen vornimmt. Dies gilt insbesondere für die Beschreibung des ideologischen Wandels und der Benennung von sozialen Erklärungsfaktoren für entsprechende politische Erfolge. Hierbei zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Darstellung die These des Autors, daß Erfolge der extremisti-

schen Rechten in modernen Massengesellschaften nur durch die Überwindung der Auffassungen der prämodernen traditionalistischen Rechten möglich seien. Es komme ganz entschieden darauf an, daß formal auch Inhalte und Themen der politischen Linken, insbesondere zu sozialpolitischen Aspekten zwar nicht im Sinne einer Akzeptanz, aber in Form einer sozialen Demagogie aufgegriffen würden.

Schmid veranschaulicht diesen Zusammenhang überzeugend durch die breiten Raum einnehmende historische Darstellung, aus der deutlich wird, daß heutige ideologische Zuordnungen so keineswegs für das 19. und beginnende 20. Jahrhundert zutrafen. Exemplarisch verdeutlichen läßt sich dies durch antisemitische Tendenzen im Frühsozialismus und in der Arbeiterbewegung zur Zeit der Dreyfus-Affäre oder durch die propagandistische Verschmelzung von nationalistischen und sozialistischen Ideologiefragmenten und die Entwicklung von Vordenkern eines politischen Faschismus aus dem revolutionären Syndikalismus. Ähnliche ideologische Verknüpfungen macht Schmid auch für die gegenwärtige Situation anhand des FN aus, dessen Erfolg er sich teilweise eben dadurch erklärt. In der Betonung diesbezüglicher Zusammenhänge und der damit verbundenen formalen Modernität besteht das analytisch Interessante der Darstellung der extremistischen Rechten im Nachbarland in Vergangenheit und Gegenwart.

Störend an Schmid's journalistischer Darstellung sind mitunter eine fehlende Struktur in der Darstellung, mangelnde genaue Belege für einzelne Aussagen oder das ständige Wiederholungen von Thesen (vgl. z. B. S. 125). Inhaltlich hätte noch etwas zur Soziologie des FN als Mitglieder- und Wählerpartei gesagt werden können. die These, es habe eine Entwicklung vom Konservatismus zur Anti-System-Opposition gegeben, wirkt vor dem eindeutig rechtsextremistischen Entstehungshintergrund der Partei wenig überzeugend. Solches kann und soll aber nicht die Bedeutung des Werkes mildern, das über die erwähnten analytisch interessanten Aspekte hinaus allein schon aufgrund des hohen Informationsgehalts und des Mangels an deutschsprachigen Büchern zum Thema Aufmerksamkeit verdient. Von daher ist es eine willkommene inhaltliche Ergänzung zu den bisherigen Veröffentlichungen von Lampe und Loch zum FN.

Armin Pfahl-Traugher

Bernhard Schmid, Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution bis zum Front National, Berlin 1998 (Elefanten press), 251 S., 34,90 DM.

Meldungen**Inland**

■ **Bad-Tölz** - Franz Schönhuber, Ex-Bundesvorsitzender der „Republikaner“ hat sich nach eigenem Bekunden „die historische Aufgabe“ gesetzt, „die nationalen Kräfte in Deutschland“ zu einen. Dies erklärte Schönhuber in einem Interview mit dem rechtsextremen PHI-Online-Dienst. Über Manfred Brunner und dessen „Bund Freier Bürger“ äußerte Schönhuber sich folgendermaßen; „Mit Brunner war ich viele Jahre sehr persönlich befreundet und ich mag ihn persönlich, aber das was er macht, ist überflüssig wie ein Kropf. Heiner Kappel und seine Professoren sind lauter Generäle, denen aber das Fußvolk fehlt“.

■ **Bochum** - Eine Initiative „Todesstrafe für Kinderschänder“ sammelt derzeit bundesweit Unterstützungsunterschriften. In einem Aufruf bittet die Initiative zugleich den Bundesminister der Justiz, Schmidt-Jortzig, sie bei der Forderung nach einer Strafrechtsänderung zu unterstützen. Presserechtlich verantwortlich und Kontaktanschrift für die Initiative „Todesstrafe für Kinderschänder“ ist der Neonazi K.Maaßen aus dem nordrhein-westfälischen Bochum. Maaßen teilte jüngst in den „Nachrichten“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) mit, daß er Kontakt zu Gleichgesinnten suche.

■ **Bonn** - Übelste holocaustleugnende Propaganda wurde am 1. April in den Pressehäusern im Bonner Regierungsviertel verteilt. Absender der Broschüre, in der u.a. der „Leuchter-Report“ und das „Rudolf-Gutachten“, Pamphlete, die die Existenz der Gaskammern in Auschwitz abstreiten, angeführt werden, ist die „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ des Revisionisten Herbert Verbeke aus dem belgischen Berchem. Die Verteilaktion hat auch den Staatsschutz auf den Plan gerufen.

■ **Braunschweig** - Die ultrarechte „Ludwig-Frank-Stiftung für ein freiheitliches Europa“ hat in ihrem Organ „Europa-Brücke“ unlängst zu einer „Offensive gegen die Verleumder unserer Soldaten“ aufgerufen. Dem Hamburger Institut für Sozialforschung wird vorgeworfen, daß es mit seiner Wehrmachtausstellung die „deutschen Soldaten“ „wider besseres Wissen auf eine Stufe mit Kriegsverbrechern gestellt“ habe. Ziel sei es, „mit den Remtsma-Millionen die politische Kultur in unserem

Land und das Ansehen des demokratischen Deutschlands in der Welt zu diffamieren.“

■ **Leinefelde (Th.)** - Mit einem Jahr Verspätung ist wieder eine neue Ausgabe des militanten Neonazi-Blattes „Sonnenbanner“ (5.Jg.), das quasi als Organ des „Freundeskreises Nationaler Sozialisten/Aktion Volkswille“ (FNS/AV) fungiert, erschienen. Kopf der Hitler-nostalgischen Truppe, die den einstigen SA-Stabschef Ernst Röhm als Staatsfeind bezeichnet, ist Michael See (Leinefelde), der für seine Organisation im nächsten Jahr „ein Gebäude mit genügend großer Fläche“ kaufen möchte. Geklagt wird im „Sonnenbanner“, einem Blatt, dessen Macher im Gegensatz zu ähnlich ausgerichteten Schriften tatsächlich die deutsche Schrift und Sprache beherrschen, über „kranke und kriminelle“ Fälle in der Neonazi-Szene. Dazu zählen laut „Sonnenbanner“: Thomas Dienel, Frank Hübner, Bela Ewald Althans, Stefan Wiesel, Daniel Großmann, Arnulf Priem. Ebenso attackiert Michael See die „Jungen Nationaldemokraten“, die er dem nationalbolschewistischen Flügel der NS-Bewegung um die Gebrüder Strasser zurechnet: „Die JN vertritt in keinsten Weise die Interessen des nationalen-sozialistischen Widerstandes. ... Ihr Vorsitzender Holger Apfel entspricht weder körperlich noch weltanschaulich der Vorbildfunktion eines >Bundesvorsitzenden< einer Jugendorganisation.“ In einem beigelegten Flugblatt ruft See zur Solidarität mit dem Irak auf.

■ **Mainz** - Neuer Schriftleiter der „HNG-Nachrichten“ ist seit der März-Ausgabe und „bis auf Weiteres“ der vorbestrafte Rechtsextremist Christian Wendt. Wendt gehörte dem Vorstand der vergangenen November selbstaufgelösten neonazistischen Organisation „Die Nationalen e.V.“ als Beisitzer an und fungiert als leitender Redakteur des „nationalen Medienverbundes“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“. Während seiner Haft wurde Wendt von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) betreut. Nach dem Unfalltod von Andree Zimmermann im November 1997 war das Amt des Schriftleiters vakant. Die presserechtliche Verantwortung wurde jeden Monat neu vergeben.

■ **München** - Als Trostpflasterchen gegen die drohende Einführung des Euro bietet der FZ-Verlag des DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey ab sofort eine D-Mark-Medaille an. In Gold soll das „herrliche Erinnerungsstück“ DM 399,- und in Silber DM 99,- kosten.

■ **Münster** - Der wegen „Nazi-Töne“ ins Gerede gekommene Münsteraner Hochschullehrer Werner Pfeifenberger darf seine Stellung behalten, das Arbeitsgericht Münster erklärte die Kündigung Pfeifenbergers durch die nordrhein-westfälische Ministerin Anke Brunn für unwirksam. 1995 war in dem Jahrbuch der österreichischen Haider-Partei ein Aufsatz von Pfeifenberger erschienen, in dem dieser „die März vom jüdischen Krieg gegen-Deutschland“ verbreitete, worauf sich letztendlich die Kündigung bezogen hatte. Über eine Berufung Nordrhein-Westfalens vor dem Landesarbeitsgericht ist derzeit noch nicht entschieden.

■ **Prien** - In der März-Ausgabe des „Deutschlandmagazins“, dem von der „Deutschland-Stiftung“ herausgegebenen Organ rechter Exponenten der Unions-Parteien, findet sich eine Polemik des Nationalliberalen Klaus Rainer Röhl wider den rechtsextremen Nationalneutralisten Alfred Mechttersheimer. Jener träume, so Röhl, „von einer ‘Apo’ von rechts, von Saalbesetzungen, Straßenblocken und machtvollen Demonstrationen und Massenbewegungen“. Die Bilanz falle allerdings ganz anders aus: „Seine größten Aktionen, wie in München gegen die Wehrmachtsausstellung, bringen mit Ach und Krach ein paar hundert Leute zusammen. Häufige Auftritte in der immer altbackener werdenden ‘Jungen Freiheit’ und auch bei den Republikanern und noch kleineren Rechtsgruppen bringen nur wenig Abhilfe.“ Weiterhin wirft Röhl Mechttersheimer zwar vor, daß dieser das Geschäft der „Anti-Antifa“ betreibe, er verbreitet im „Deutschlandmagazin“ dann jedoch selbst Informationen, die aus der Mechttersheimer-Giftküche mittels eines Rundschreibens über eine der „Deutschland-Bewegung“ mißliebige Journalistin ausgestreut werden.

■ **Schwerin** - Die NPD sammelt in Mecklenburg-Vorpommern „alle nationalen Kräfte“, um dort eine flächendeckende Organisation aufzubauen. Dies weiß der rechtsextreme PHI-Online-Dienst zu berichten. Unterstützt wird den Angaben zufolge die NPD dort von der rechtsextremen Zeitschrift „Europa Vorn“. Zusammen mit der NPD sollen ab sofort mehrere „Europa Vorn-Lesertreffen“ im nördlichsten Bundesland abgehalten werden. Ziel ist der Einzug in den Landtag, der zeitgleich mit dem Bundestag im September gewählt wird. Zwei Monate nach dem Rücktritt des bisherigen Landesvorsitzenden Ronny Grubert aus Rostock vollzieht sich innerhalb der NPD in Mecklenburg-Vorpommern eine Kurskorrektur. Dem ehemaligen

Landesvorsitzenden wurde, so PHI, parteiintern vorgeworfen, „nur militante Glatzen“ anzuwerben. Die vorläufige Leitung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern hat der Rechtsanwalt Hans Günter Eisenecker, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, übernommen.

■ **Stuttgart/Recklinghausen** - Das „sinnlose Gegeneinander“ der extrem rechten Kräfte in Deutschland beenden möchte auch die im vergangenen Oktober initiierte Gruppierung „Vereinigte Rechte“ (vgl. BNR 22/97). Mittels Anzeigen im Revanchisten-Organ „Der Schlesier“ werden jetzt neue Mitstreiter gesucht. Ansprechpartner sind der geschäftete Ex-„Republikaner“ Leo Thenn und Mario Meurer von der „Deutschen Freiheits- und Arbeiterpartei“ (DFA) des Martin Pape.

■ **Vlotho** - Die „Stimme des Gewissens“ (29. Jahrgang), herausgegeben vom „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) und dem „Collegium Humanum. Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.“, gedenkt in ihrer jüngsten Ausgabe dem einstigen Mitstreiter Hartmut Gründler, der sich am 16. November 1977 aus Protest gegen die Kernenergiepolitik mit Benzin übergießt und verbrannte. Derzeitweise bis zu 3.000 Mitglieder starke 1960 gegründete WSL wandte sich von Anfang an gegen Kernenergie, da dadurch deutsche Gene geschädigt würden. In der aktuellen Ausgabe gedenkt der WSL auch seiner im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder; darunter der Holocaust-Leugner Thies Christophersen und der rechtsextreme Publizist Gustav Sichelschmidt.

■ **Werdohl** - Neben dem Ende vergangenen Jahres erstmals erschienen Neonazi-Blattes „Zentralorgan“, in dem die Blätter „Freie Stimme“, „Widerstand“ und „Moonstomp“ aufgegangen sind, präsentiert sich nun ein weitere Publikation mit Führungsanspruch in der Szene: „Sonnenrad. Das Magazin für alle nationalen Deutschen“. Der „Sonnenrad“-Redaktion gehören an: Marco Happke („Feuer & Sturm“, Roman Rheinsberg („Der schwarze Drache“), Maik Fischer („Der weiße Wolf“), Sylvia Endres (HNG) und Holger Stenzel (Werdohl, ehemals Deutscher Jugend Bund“). Im „Sonnenrad“, das ansprechender gestaltet und mit mehr Szene-Informationen versehen ist als das „Zentralorgan“, in dem die alten und überkommenen Strukturen der Kühnen-treuen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) weiterleben, wird u.a. zur Solidarität mit dem Rechtsextremistenpaar Kurt und Ursel Müller (HNG) auf-

gerufen, die finanziell unterstützt werden sollen. Das Spendenkonto verwaltet Bianca Müller; gespendet hat neben anderen bereits Rolf Melzner von der „Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte“ (vgl. BNR 6/98).

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - Dem Vorsitzenden des rechtsextremen „Front National“, Jean-Marie Le Pen wurden von dem Versailler Strafgericht für zwei Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Sollte das Gerichtsurteil, wogegen Le Pen allerdings bereits Berufung eingelegt hat, rechtskräftig werden, verliert er für die Dauer von zwei Jahren seine Mandate als Abgeordneter im Europäischen Parlament und im Regionalparlament von Marseille. Außerdem dürfte er nicht zu den Europawahlen im nächsten Jahr, geschweige denn irgendwelchen Wahlen bis ins Jahr 2000 antreten. Der Rechtsextremistenführer hatte im Wahlkampf im Mai vergangenen Jahres eine Kandidatin der Sozialisten tödlich angegriffen. Das Gericht verhängte gegen Le Pen des weiteren eine dreimonatige Haftstrafe auf Bewährung und eine Geldstrafe in Höhe von rund DM 6.000.

Auch die deutsche Justiz will den bereits mehrfach abgeurteilten französischen Rechtsextremisten wegen Volksverhetzung vor Gericht stellen. Auf einer Pressekonferenz am 5. Dezember in München hatte Le Pen erneut öffentlich seine These von den Gaskammern als „Detail“ der Geschichte wiederholt, was ihm bereits eine Verurteilung zu einer Geldstrafe durch das Landgericht Nanterres in Höhe von rund DM 90.000 einbrachte. Nach Vorermittlungen der Münchner Staatsanwaltschaft kann dem Franzosen wegen verharmlosender Äußerungen über den Holocaust eine Höchststrafe bis zu fünf Jahren drohen. Wie ein Sprecher der Anklagebehörde erklärte, soll versucht werden, die parlamentarische Immunität des Europa-Abgeordneten aufheben lassen.

■ **Kanada (Toronto)** - Der „Revisionisten-Papst“ Ernst Zündel macht sich in der rechtsextremen Szene zunehmend unbeliebt. Nachdem er mit der niederländischen NS-Ikone Florentine Rost van Tonningen in einem Rechtsstreit liegt, will er auch gerichtlich den britischen Holocaustleugner David Irving vorgehen. Nach Angaben von Zündel schuldet dieser ihm eine fünfstellige Dollarsumme: „Ich habe David Irving immer hoch geachtet. Ich habe immer versucht, für ihn finanziell durch Organi-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

sieren von Vortragsreisen, Fernseh- und Radiosendungen Werbung zu machen. Er denkt anscheinend, daß ich ihm für ewig Zeiten schulde, weil er damals im 1988er Gerichtsverfahren einen gutbezahlen Zeugenauftritt machte“. Zündel, der nach der Scheidung von seiner Frau und der Enttäuschung der letzten Jahre mit Bela Ewald Althans (Zündels Statthalter in der BRD) in den eigenen Reihen überall Verrat wittert, kündigt an: „Solange meine Gesundheit standhält, solange kämpfe ich - zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl, und wenn es mir vom Schicksal zugedacht ist, wenigstens geistig flink wie ein Windhund“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto